

ger in Grundsatzfragen des Glaubens zu liegen als in der politischen Position und im Denk- und Sprachstil: theologische wie politische Nüchternheit auf der einen, Enthusiasmus auf der anderen Seite. Nichts unterstreicht das bes-

ser als der raunende Ausspruch, mit dem Cox die Differenzen markierte: der Hartford-Aufruf sei eine Aufzählung kritischer Anmerkungen, die Aussagen von Boston aber seien „eine Aufzählung von Feiern“. H. G. K.

wirtschaftlichen Beziehungen auf weltweiter Ebene zur Verringerung der ökonomischen und sozialen Kluft zwischen ihnen und den Industrieländern besser verstehen. Dann fällt es leichter, darin nicht bloß antikapitalistische Weltrevolutionsmystik zu sehen, sondern eine aus der täglich erlebten Not geborene ernstgemeinte Suche nach Lösungsmöglichkeiten und Abhilfe.

Kirchliches Memorandum zur Welthandelskonferenz

Die Diskussionen und Auseinandersetzungen um eine neue *Weltwirtschaftsordnung* sind mittlerweile auf verschiedenen Ebenen voll entbrannt. Neben dem in Paris fortgesetzten Nord-Süd-Dialog steht derzeit in diesem Zusammenhang besonders die 4. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD IV) im Mai in Nairobi im Mittelpunkt des Interesses. Die Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen, in der der Katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden (KAEP) und die evangelische Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) zusammenarbeiten, nahmen dieses Ereignis zum Anlaß, am 11. Februar in Bonn unter dem Titel „Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung“ ein Memorandum vorzulegen, das sich sowohl an Bundesregierung, Bundestag und politische Parteien als auch an die breite Öffentlichkeit wendet. Die von der Deutschen Bischofskonferenz und vom Rat der EKD genehmigte Erklärung ist detaillierter und konkreter ausgefallen als eine entsprechende kirchliche Verlautbarung zur UNCTAD III 1972 in Santiago de Chile (vgl. HK, April 1972, 183ff.). Die Fülle der angesprochenen Problemkreise und die Länge des Dokumentes dürften ihm in Fachkreisen und bei den drei zuerst genannten Zielgruppen sicherlich größere Beachtung und Berücksichtigung sichern als eine knappe sloganmäßige Wiederholung von Forderungen an die politischen Entscheidungsträger, doch für die ebenfalls ansicherte breite Öffentlichkeit scheint das Memorandum kaum relevant zu sein.

Die soziale Frage unseres Jahrhunderts

Da die Situation der Entwicklungsländer durch eine Vielzahl von Analysen und Berichten heute weitgehend als bekannt vorausgesetzt werden kann, beschränkt sich das Memorandum darauf, nur knapp noch einmal die größten Probleme der Länder der Dritten Welt aufzuzeigen und sie besonders unter dem Blickwinkel ihrer Verknüpfung mit dem derzeitigen *Weltwirtschaftssystem* darzustellen. *Bevölkerungswachstum* von jährlich um 2 bis 3 Prozent in den Entwicklungsländern (gegenüber ca. 1 Prozent in westlichen Industrieländern) und die Tatsache, daß zwei Drittel der Bevölkerung dieser Länder, nämlich fast zwei Milliarden Menschen, in Staaten leben, in denen die inländische Agrarproduktion heute schon nicht mehr ausreicht, um die Grundbedürfnisse an Nahrungsmitteln zu befriedigen, und denen für notwendige Importe das Geld fehlt, stehen am Anfang dieser Bestandsaufnahme. Wenn man dann noch einmal verdeutlicht bekommt, daß derzeit etwa 500 Millionen Menschen an *ständiger Unterernährung* leiden, zwischen 600 und 700 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern nur über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von rund 130.-DM verfügen, 25 Prozent der Erwerbsbevölkerung der Erde (ohne China) von *Minderbeschäftigung und Arbeitslosigkeit* betroffen sind und die Verschuldung der Entwicklungsländer mittlerweile auf 50 Prozent ihres gesamten Bruttosozialproduktes angestiegen ist, läßt sich die Forderung der Dritten Welt für eine Neuordnung der

Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit als Kernforderung

Die Autoren des Memorandums sind erst nach langen internen Auseinandersetzungen zu dem vorliegenden Ergebnis gekommen. Sie verhehlen keineswegs ihre wohlwollend-kritische Einstellung gegenüber den Forderungen nach einer „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“; sie verstehen es jedoch in den meisten Passagen, sowohl radikale Überspitzungen als auch *Fehlentwicklungen und notwendige Reformen in den Entwicklungsländern* beim Namen zu nennen. So heißt es im Absatz 5 z. B., eine Änderung des Systems der Weltwirtschaft werde nur dann Erfolg haben, „wenn in den Entwicklungsländern selbst jene Änderungen der Lebens- und Verhaltensweisen erfolgen, die für den Entwicklungsprozeß notwendig sind... Dieser soziale und politische Wandel, der häufig auch eine Verringerung des Bevölkerungswachstums einschließt, bleibt eine ur-eigene Aufgabe der Länder der Dritten Welt. In Absatz 12 wird dem hinzugefügt, man solle nicht die Gefahr übersehen, daß „auch eine neue internationale Ordnung, welche die Nachteile des alten Systems beseitigt, zum Instrument der Beherrschung durch bestehende oder neue Machtzentren wirtschaftlicher, technologischer und militärischer Art“ werden könne. Ganz konkret heißt es schließlich (Abs. 18), es seien „die Bereitschaft und ihre institutionelle Absicherung“ notwendig, um in den Entwicklungsländern „eine Umverteilung der Einkommen vorzunehmen, die den Ärmsten zugute kommt“.

Auch der Situationsdarstellung geht es im zweiten Kapitel um die *Verantwortung der Kirchen*, die sich in den Überfluggesellschaften zum „Anwalt der Ärmsten“ machen müßten. Dabei sind nach Aussagen des Dokumentes folgende Gesichtspunkte ausschlaggebend: 1. Die Güter der Erde gehören allen und müssen angesichts ihrer Knappheit in Verantwortung gegenüber den Nächsten genutzt werden; 2. Die Christen müssen sich über die Gruppenegoismen hinweg für die angemessene Beteiligung der wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch Machtlosen einsetzen; 3. Die Kirchen sehen im Entwicklungsproblem „die soziale Frage unseres Jahrhunderts“. Konkret auswirken müßte sich das vor allem in der Ermöglichung der „Teilnahme aller an der Nutzung der Güter“ und an der „Übernahme sozialer Verantwortlichkeit für alle“. Dazu heißt es erläuternd, menschliche Solidarität sei nicht teilbar und eine ganzheitliche Entwicklung des Menschen könne nur im Zusammenhang einer solidarischen Entwicklung der Menschheit erfolgen. Diesem sehr generellen Solidaritätsappell folgt dann gleich die ermunternde Feststellung, der Glaube mache die Kirchen frei, „sich mit den bestehenden Machtverhältnissen nicht abzufinden, sondern mutige Schritte der Veränderung um der notleidenden Menschen willen zu tun. Dazu gehört auch, daß Besitzstandsdenken und ängstlicher Kleinglaube überwunden werden.“

Realistischer sind die mehrfach auftauchenden Bemühungen, mit Hilfe von Vergleichen mit unserer eigenen sozialen Entwicklung die Notwendigkeit von Reformen und Forderungen im Bereich der Wirtschaftsordnung zu verdeutlichen. Gerade für die schwierige Aufgabe der Bewußtseinsänderung und der Verständnisweckung für die Probleme der Dritten Welt sind diese Ansätze wichtig. So wird u. a. darauf aufmerksam gemacht (Abs. 7), daß ohne die Selbstorganisation der Arbeiterschaft zur Vertretung ihrer Interessen und entsprechende staatliche Maßnahmen eine nationale Gesellschafts- und Sozialpolitik mit Interessenausgleich und sozialer Sicher-

ung unmöglich gewesen wäre. Im Weltmaßstab versuchen die Entwicklungsländer im Grund nichts anderes, als eine solche Selbstorganisation zur Wahrung ihrer Interessen zu schaffen. Auch in den Fragen gezielter Strukturhilfen unter Umgehung marktwirtschaftlicher Prinzipien und der Kontrolle multinationaler Konzerne argumentieren die Autoren in erster Linie mit Vergleichen mit unserer eigenen Stützungs- und Kartellpolitik. Als konkreten Beitrag der Kirchen nennt das Papier die Hilfswerke und die Aufklärungsarbeit, die das Ziel haben müssen, „aus dem Selbstverständnis des eigenen Entwicklungsweges zu einem Weltverständnis zu kommen, das unsere Bereitschaft zur weltweiten Kooperation herausfordert“.

In den Aussagen über die Grundlagen einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung galt es, Position zu beziehen. Etwas gewunden und einen Kompromiß suchend, heißt es dazu, für die Kirche sei die Herstellung gleichberechtigter Partnerschaft ein Erfordernis internationaler sozialer Gerechtigkeit. Jedoch sei es „nicht ihre Aufgabe, für eine bestimmte Wirtschaftsordnung einzutreten; auch kann der christliche Glaube nicht für eine bestimmte Wirtschaftsordnung in Anspruch genommen werden. Es gibt verschiedene ordnungspolitische Möglichkeiten, um eine an den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit orientierte Gesellschaft aufzubauen.“ Wichtig bei jeder Wirtschaftsordnung sei jedoch die Wahrung der Menschenrechte und des Rechts eines jeden Landes, Ziel und Weg der eigenen Entwicklung zu bestimmen. Stark betont wird die *Beteiligung der Bevölkerung „von unten“* und eine Einbeziehung der unterprivilegierten Gruppen, „die bisher auch an den ökonomischen, sozialen und politischen Entscheidungen kaum teilhaben“. Den Industrienationen wird nahegelegt, ihre entwicklungspolitischen Hilfen an dieser Zielsetzung auszurichten, während gleichzeitig Wert darauf gelegt wird, daß Hilfe ohne jede Auflage gewährt wird. Ähnliche Widersprüche finden sich noch an wenigen weiteren Stellen...

Mit der bereits erwähnten Einschränkung findet sich auch im dritten Kapitel ein begrenztes Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, wobei für eine neue, marktwirtschaftlich orientierte internationale Ordnung drei Prinzipien als konstitutiv genannt werden: Leistungs-, Start- und Verteilungsgerechtigkeit. Dies ist der eigentliche Kern des Dokumentes, an dem sich alle Überlegungen zum Verhältnis von Handel und Hilfe zu einer internationalen Arbeitsteilung, zu Subventionen und Strukturänderungen orientieren, um so zu gewährleisten, daß „von unserer Seite Entwicklungspolitik als eine längerfristige Aktion zur Sicherung des sozialen Friedens in der Welt verstanden wird“.

Empfehlungen an Regierung und Gesetzgeber

Neben dieser klaren Aussage verdienen die Vorschläge und Empfehlungen an Bundestag und Bundesregierung besondere Beachtung. Nicht oberflächlich, aber auch nicht zu fachspezifisch, enthalten sie eine Darlegung der wichtigsten Fragenkomplexe heutiger Entwicklungspolitik, wie wirtschaftliche Zusammenarbeit (Welthandel, Rohstoffpolitik), Kapital- und Technische Hilfe, Agrar- und Ernährungspolitik, Technologie-Transfer, Rüstungs-Transfer, Privatinvestitionen und strukturelle Anpassungen. Auffallend ist dabei, daß Ernährungspolitik und Rüstungstransfer nicht Gegenstand der UNCTAD-Beratungen sind. Sie haben dennoch Aufnahme in dieses Memorandum gefunden, weil die Deutsche Bischofskonferenz ursprünglich eine eigene Erklärung geplant hatte, aber nicht in Konkurrenz zu der UNCTAD-Erklärung treten wollte bzw. weil die Bundesregierung derzeit Überlegungen anstellt, den Rüstungstransfer zu erleichtern.

In diesem Kapitel geht es um konkrete Anliegen, die im einzelnen begründet werden. Im Bereich *Welthandel und Rohstoffpolitik* sprechen sich die Autoren für die gemäßigte Lösung einer „indirekten Indexierung“ (Stabilisie-

zung der Exporterlöse mit Hilfe von Transfer-Zahlungen) bzw. das kürzlich erstmals vereinbarte „Stabex“-Modell der Konvention von Lomé zwischen EG und einer Vielzahl von Entwicklungsländern aus. Bei der *Kapitalhilfe* fordert das Autorengremium einen verbindlichen Stufenplan für die Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels, „der ähnlich realisiert wird wie der Abbau bei einer Zollunion“. Mut zur Unpopularität beweist die Aufforderung, zu überprüfen, ob die Hilfe nicht durch Erhebung einer besonderen Steuer oder durch Verbraucherabgaben erhöht werden könne. Ähnliche für viele bei uns schmerzliche Reformen werden im Bereich der *Landwirtschaft* anvisiert, in denen es neben einer Förderung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern und einer internationalen Koordinierung der Nahrungsmittelhilfe besonders um eine Öffnung unserer Märkte geht. Um die Befriedigung der Mindestbedürfnisse von Millionen Menschen „kann international nicht gefeilscht werden“.

Beim *Technologie-Transfer* sollen in erster Linie arbeitsintensive Methoden gefördert werden. Vor einer Lockerung der Waffenexportbestimmungen wird eindringlich gewarnt. Die Ausgewogenheit des Papiers zeigt sich auch bei den Ausführungen zu Privatinvestitionen. Es wird dies einerseits als ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Entwicklung dargestellt, der aber auch in Form mächtiger multinationaler Konzerne eine Gefahr darstellen kann.

Als ungeeignetes Instrument wird gleichzeitig die Androhung der Verstaatlichung ausländischen Vermögens bezeichnet. Die Aussagen über strukturelle Anpassungen bieten innenpolitisch den wohl größten Zündstoff, geht es doch u. a. um internationale Arbeitsteilung und damit verbundene Arbeitsplatzverluste bei uns. Hier dürfte die Antwort des Gesetzgebers und der Parteien besonders interessant sein, gerade jetzt, da man im Blick auf die Arbeitsplätze selbst die Gastarbeiter zurückschicken will. Das letzte

Kapitel, versehen mit einem Fragezeichen hinter „Neuer Lebensstil“, ist zwar ein interessanter Gedankenanstoß, fällt aber irgendwie aus dem Rahmen, da es zu knapp und wenig konkret ist. Sicherlich müßten die Überlegungen in dieser Richtung fortgesetzt werden, doch ein Verzicht auf Fleisch und Einschränkung im privaten Autoverkehr sind wohl noch nicht ausreichend, um wirklich Entscheidendes zu erreichen.

Man kann das Memorandum zu den bedeutenden kirchlichen Aussagen zur Entwicklungspolitik zählen. Doch inzwischen sind auch die Verantwortlichen für dieses Dokument überzeugt, daß noch so gute Papiere nicht ausreichen, um etwas in Bewegung zu setzen. Sie bemühen sich deshalb, die Anstöße umzusetzen in eine Handreichung für die Bildungsarbeit und in gezielte Gespräche mit Parteien, Gewerkschaften, Bauern, Medien u. ä. Hierbei wird sich das Memorandum bewähren müssen.

N. S.

Entwicklungen

Politische Gefangene in der Sowjetunion

Zu einem Bericht der Amnesty International 1975 über Gesinnungsterror und Psychiatrie

Vor Jahresende veröffentlichte Amnesty International zum erstenmal einen umfangreichen Report über „Politische Gefangene in der UdSSR. Ihre Behandlung und ihre Haftbedingungen“. Ein zentrales Kapitel dieses Berichts ist das Thema Zwangsinternierung von „Gewissensgefangenen“ in psychiatrischen Anstalten gewidmet. Speziell mit dieser Form der Verletzung von Menschenrechten in der Sowjetunion befaßt sich hier Ursula Möseneder (vom Zentrum „Glaube in der Zweiten Welt“, Zürich).

Die kürzlich veröffentlichte Publikation der Amnesty International über „Politische Gefangene in der UdSSR“ berührt ein sehr aktuelles Thema, wird doch ganz besonders auf den Mißbrauch der Psychiatrie hingewiesen. Die Sowjetunion weist zwar nach wie vor jeden Vorwurf, in ihrem Herrschaftsbereich würden gesunde Menschen wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugung in psych-

iatrische Anstalten eingewiesen, kategorisch zurück. Der Westen hat nun in Leonid Pljuschtsch einen Augenzeugen für die tatsächliche Lage mehr. Französische, englische und österreichische Ärzte, die ihn nach seiner Ankunft in Wien untersuchten, konnten keinerlei Symptome einer Geisteskrankheit feststellen. Gaston Ferdière, Arzt der psychiatrischen Kliniken von Paris, erklärte im Namen seiner Kollegen: „Wir lehnen den geringsten Verdacht der Schizophrenie bei diesem Manne ab.“

Nach Pljuschtschs Schilderungen sind allein in Dnjepropetrowsk 60 Gewissensgefangene inhaftiert, die mit Haloperidol, Insulin und Schwefel behandelt werden. Diese Medikamente werden fast ausschließlich zur Bestrafung verabreicht, wie überhaupt auf die Bestrafung der Gefangenen viel mehr Wert gelegt wird als auf ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Amnesty International sind 120 Personen bekannt, die seit Januar 1969 durch Gerichtsbeschuß zwangsinterniert worden sind – alle jene,